

Antrag

der Abgeordneten Günter Graf (Friesoythe), Hans-Peter Kemper, Klaus Barthel, Dr. Ingomar Hauchler, Frank Hofmann (Volkach), Fritz Rudolf Körper, Thomas Krüger, Dorle Marx, Dr. Willfried Penner, Bernd Reuter, Otto Schily, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Johannes Singer, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Uta Titze-Stecher, Siegfried Vergin, Ute Vogt (Pforzheim), Jochen Welt, Dieter Wiefelspütz, Hans Büttner (Ingolstadt), Petra Ernstberger, Gabriele Fograscher, Günter Gloser, Uwe Hirsch, Barbara Imhof, Gabriele Iwersen, Susanne Kastner, Eckart Kuhlwein, Walter Kolbow, Dr. Christine Lucyga, Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Dr. Edith Niehuis, Leyla Onur, Manfred Opel, Kurt Palis, Georg Pfannenstern, Karin Rehbock-Zureich, Marlene Rupprecht, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Günter Verheugen, Matthias Weisheit, Hildegard Wester, Inge Wettig-Danielmeier, Berthold Wittich, Verena Wohleben, Hanna Wolf (München), Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Reform des Bundesgrenzschutzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das vorliegende Konzept des Bundesministers des Innern zur Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes zurückzuziehen und zu einer grundlegenden Neubewertung zu gelangen.

Unbeschadet der Organisationszuständigkeit der Bundesregierung stellt der Deutsche Bundestag fest, daß die beabsichtigten Maßnahmen massive Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland haben. Damit sind insbesondere auch die Sicherheitsinteressen der Länder berührt.

Der Deutsche Bundestag erkennt die Notwendigkeit einer Strukturreform des Bundesgrenzschutzes durchaus an. Durch die politischen Veränderungen in Osteuropa und durch die Wiedervereinigung Deutschlands hat sich die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig verändert. Neue Kriminalitätsformen und kriminalgeographische Brennpunkte haben sich entwickelt und verändern sich ständig.

An dieser Situation hat sich die Neuorganisation des Bundesgrenzschutzes, in enger Abstimmung mit den Ländern, zu orien-

tieren, wie sie in der Fortschreibung des Programms zur Inneren Sicherheit 1994 durch die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern vereinbart wurde. Diese enge Abstimmung ist offensichtlich nicht erfolgt, wie aus den vorliegenden Stellungnahmen der Länder, u. a. Bayerns und Niedersachsens, deutlich wird. Darüber hinaus hat der Bundesminister des Innern auf den Sachverstand der Führungskräfte, vor allem aber der Personalvertretungen des Bundesgrenzschutzes verzichtet, wie die vielfältigen Eingaben zeigen. Eine derart tiefgreifende Reform kann aber nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie, durchgeführt werden. Die Bundesregierung hat in einer fiktiven Hochrechnung den Kostenaufwand für die vorgesehenen Maßnahmen völlig unzureichend beziffert. Da u. a. die Erlöse für den Verkauf der bundeseigenen Liegenschaften nicht kalkulierbar sind, erscheint die Finanzierung der Reform völlig ungewiß.

Vor diesem Hintergrund muß eine Reform des Bundesgrenzschutzes folgende Mindestanforderungen erfüllen:

1. Grenzschutzeinzeldienst

– Grenzsicherheit

Eine Verstärkung des grenzpolizeilichen Einzeldienstes, insbesondere im Bereich der Ostgrenze ist derzeit notwendig. Sie hat sich aber an den mittel- und langfristigen politischen Veränderungen, die sich u. a. durch einen Beitritt Polens und Tschechiens zur NATO und EU ergeben, zu orientieren.

Einer Verfestigung grenzpolizeilicher Strukturen durch hohe Investitionen ist durch den Einsatz mobiler Kräfte der Verbände entgegenzuwirken, um beispielsweise auf mögliche Verdrängungseffekte bei der grenzüberschreitenden Kriminalität von der Ostgrenze zur Seegrenze flexibel reagieren zu können.

– Bahnpolizei

Die bahnpolizeiliche Präsenz, nicht nur bei der Zugbegleitung, sondern auch in den Bahnhöfen, muß intensiviert werden.

Damit unvereinbar ist das vorgesehene Konzept zur Schließung von bestehenden Dienststellen der Bahnpolizei. Die Präsenz in der Fläche ist sowohl für den Bürger als auch für die polizeiliche Arbeit unverzichtbar, so wie es auch die Länder in ihren Stellungnahmen durchgehend betonen.

Kompetenzkonflikte mit den Länderpolizeibehörden müssen ausgeschlossen werden; dafür sind eindeutige Regelungen zu treffen.

– Errichtung von Inspektionen/Neustrukturierung der Ämter

Die Einrichtung von Inspektionen des BGS ist zur Erfüllung seiner unterschiedlichen Aufgaben notwendig (Grenzpolizei, Bahnpolizei, Luftverkehr pp.). Dabei ist eine Orientierung an den Organisationsstrukturen der Länderpolizeien erforderlich, um eine reibungslose Zusammenarbeit zu gewährleisten. Die beabsichtigte Neuorganisation zerschlägt aber funktionierende polizeiliche Kommunikationsstrukturen zu Lasten der Inneren Sicherheit. Statt

dessen ist aus polizeitaktischen Gesichtspunkten die räumliche Deckungsgleichheit der Grenzschutzpräsidien, -ämter und -inspektionen mit den Länder- und Behördenstrukturen anzustreben.

– BGS-See

Die Küstenwacht, bestehend aus den Organisationseinheiten des Bundesgrenzschutzes (BMI), des Zolls (BMF), der Fischereiaufsicht (BML) und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, ist aus einsatztaktischen Gründen zu straffen und unter eine einheitliche Führung hinsichtlich der Fach- und Dienstaufsicht zu stellen. Insofern bietet sich die Schaffung eines BGS-Präsidiums See an.

2. Verbandsstruktur

Die Änderung der Verbandsstruktur darf nicht dazu führen, daß der gesetzliche Auftrag, Rechts-, Amts- und Katastrophenhilfe (Artikel 35 GG) gegenüber den Ländern zu leisten und im Falle des Inneren Notstandes (Artikel 91 GG) eingesetzt zu werden, nicht mehr erfüllt werden kann. Die vorgesehene massive Reduzierung der Verbandsstruktur und somit auch der -standorte wird dieser Anforderung nicht gerecht.

Eine mögliche Verringerung von Standorten hat sich, frei von wahltaktischen Erwägungen, ausschließlich an Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsaspekten zu orientieren. Die bisherigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen beruhen jedoch ersichtlich auf unzutreffenden Annahmen und erscheinen allein von dem Bedürfnis geleitet, auf anderen Gesichtspunkten beruhende Entscheidungen zu rechtfertigen. Nicht die Reduzierung der Standorte um jeden Preis, sondern die Erhöhung der Flexibilität durch mobile Komponenten in den Einsatzabteilungen ist die richtige Antwort auf eine sich ständig verändernde Sicherheitslage. Dem polizeilichen Bedürfnis der räumlichen und zeitlichen Nähe zum Geschehen wird dadurch Rechnung getragen.

3. Personalsituation

Die Innere Sicherheit ist auf Dauer nur mit einer hochmotivierten Polizei zu gewährleisten. Jahrelange Verunsicherung und Perspektivlosigkeit über die künftige Verwendung muß beendet und den Beschäftigten des Bundesgrenzschutzes eine klare Zukunftsperspektive eröffnet werden. Dies erfordert ein langfristig tragfähiges Konzept, das ein Höchstmaß von Beteiligung aller Betroffenen, insbesondere auch der Berufs- und Personalvertretungen, beinhaltet.

4. Konversion

Soweit danach im Einzelfall ein Standort aufgegeben werden soll, muß die Bundesregierung im Rahmen der Konversion ihrer politischen Verantwortung gegenüber der betroffenen Region gerecht werden.

5. Kosten

Für die vorgesehene Neuorganisation ist gerade in heutiger Zeit ein sorgfältig durchgerechnetes Finanzierungskonzept erforderlich, zu dem bisher völlig unzureichende Angaben gemacht worden sind.

Bonn, den 12. November 1997

Günter Graf (Friesoythe)	Dr. Christine Lucyga
Hans-Peter Kemper	Ulrike Mascher
Klaus Barthel	Heide Mattischeck
Dr. Ingomar Hauchler	Dr. Edith Niehuis
Frank Hofmann (Volkach)	Leyla Onur
Fritz Rudolf Körper	Manfred Opel
Thomas Krüger	Kurt Palis
Dorle Marx	Georg Pfannenstern
Dr. Willfried Penner	Karin Rehbock-Zureich
Bernd Reuter	Marlene Rupprecht
Otto Schily	Ernst Schwanhold
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)	Bodo Seidenthal
Johannes Singer	Erika Simm
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Uta Titze-Stecher	Wieland Sorge
Siegfried Vergin	Antje-Marie Steen
Ute Vogt (Pforzheim)	Ludwig Stiegler
Jochen Welt	Dr. Peter Struck
Dieter Wiefelspütz	Joachim Tappe
Hans Büttner (Ingolstadt)	Günter Verheugen
Petra Ernstberger	Matthias Weisheit
Gabriele Fograscher	Hildegard Wester
Günter Gloser	Inge Wettig-Danielmeier
Uwe Hixsch	Berthold Wittich
Barbara Imhof	Verena Wohlleben
Gabriele Iwersen	Hanna Wolf (München)
Susanne Kastner	Heidemarie Wright
Eckart Kuhlwein	Rudolf Scharping und Fraktion
Walter Kolbow	